



Antrag

der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abgeordneten des SSW

Fairer Förderwettbewerb

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für eine dahingehende Erweiterung der Einvernehmensregelung innerhalb der Förderregeln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ einzusetzen, dass

- reine Unternehmensverlagerungen ohne die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze über die Gewährung der Investitionszulage hinaus grundsätzlich nicht gefördert werden sollen, und dass
- bei Verlagerungserweiterungen nur der „Erweiterungseffekt“ mit dem im C-Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Unternehmenstyp zulässigen Höchstfördersatz unter Anrechnung der Veräußerungserlöse für die „alte“ Betriebsstätte gefördert wird.

Begründung:

Es ist volkswirtschaftlich nicht sinnvoll, mit Hilfe öffentlicher Mittel aus einem Bundesland beispielsweise Brotfabriken, Zuckerfabriken, Molkereien, Schlachthöfe, Möbelgroßmärkte o.a. abzuwerben, zumal dann, wenn dabei kein einziger neuer Arbeitsplatz entsteht.

Bernd Schröder
und Fraktion

Martin Kayenburg
und Fraktion

Christel Aschmoneit-Lücke
und Fraktion

Karl-Martin Hentschel
und Fraktion

Lars Harms
SSW